

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Begründet 1856

Verleger: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. Druck: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. (Verlag, Druck, Vertriebsstelle) (Verlag, Druck, Vertriebsstelle) (Verlag, Druck, Vertriebsstelle)

Druck: Carl Neubauer, Dresden, Postfach 100, 1008 Dresden. (Verlag, Druck, Vertriebsstelle) (Verlag, Druck, Vertriebsstelle) (Verlag, Druck, Vertriebsstelle)

Landtagsauflösung in Sachsen abgelehnt

Bei dem Volksentscheid über die Landtagsauflösung wurden von 3664047 Stimmberechtigten abgegeben 1318042 Ja-Stimmen und 53442 Nein-Stimmen. Ungültig waren 20770 Stimmen.

Es beteiligten sich danach am Volksentscheid 38% der Stimmberechtigten, 36% mit Ja

Das Ergebnis in Sachsen

| | Stimmberechtigte | Ja | Nein | Ungültig | Volksbegeh. |
|--------------------------------|------------------|-----------|--------|----------|-------------|
| Wahlkreis Dresden-Bautzen . . | 1 363 727 | 414 099 | 15 858 | 6 002 | 237 197 |
| Wahlkreis Leipzig | 967 929 | 290 406 | 11 735 | 4 875 | 127 603 |
| Wahlkreis Chemnitz-Zwickau . . | 1 332 391 | 613 537 | 25 849 | 9 893 | 368 758 |
| | 3 664 047 | 1 318 042 | 53 442 | 20 770 | 733 558 |

In Dresden

wurden von 504373 Stimmberechtigten 136293 Stimmen abgegeben, davon 132132 Ja-Stimmen, 3041 Nein-Stimmen, 1120 ungültig

Volksentscheid in Oldenburg erfolgreich

Der Landtag wird aufgelöst

Oldenburg, 17. April. Am heutigen Sonntag wurde im Freistaat Oldenburg der von den in der nationalen Front zusammengeschlossenen Parteien im Gang geführte Volksentscheid über die Auflösung des Oldenburgischen Landtages durchgeführt. Unterzucht wurde der Volksentscheid durch die Kommunisten. Nach dem Abstimmungsresultat ist der Volksentscheid mit großer Mehrheit durchgefallen, so daß der Landtag aufgelöst wird. In Oldenburg ist zum positiven Ausgang eines Volksentscheides nur die eine Sache Mehrheit der abgegebenen Stimmen notwendig.

Das Ergebnis:

| Landesstell. | Ja | Nein | Ung. | Volksbegeh. |
|--------------|---------|------|------|-------------|
| Oldenburg: | 90 440 | 4129 | 811 | 85823 |
| Rück: | 12 843 | 872 | 190 | 8297 |
| Wahlkreis: | 18 282 | 798 | 78 | 6264 |
| Insgesamt: | 125 965 | 5796 | 1079 | 80884 |

Für das Volksbegehren sind eingetreten Nationalsozialisten, Deutschnationale Volkspartei, Landvolkspartei und Kommunisten. Sozialdemokraten, Staatspartei und Zentrum hatten die Enthaltung beschlossen. Die Neuwahl des Landtages wird vermutlich am 29. Mai stattfinden.

Im Landeswahlkreis Rück stimmten mit Ja 12843 von insgesamt 25100 Stimmberechtigten, das sind allein (ohne die Nein-Stimmen) mehr als 50 %.

Brüning bei Stimfon

Vor einer großen Abweisung Radolows

Genf, 17. April. Die mit großer Spannung erwarteten Besprechungen der in Genf anwesenden leitenden Staatsmänner der Großmächte haben am Sonntag begonnen. Reichskanzler Brüning begab sich in den frühen Morgenstunden zur Messe in der deutschsprachigen Kirche St. Dominikus und machte sodann einen längeren Ausflug in die Umgebung Genfs, von dem er erst in den Nachmittagsstunden zurückkehrte. Um 17.30 Uhr stattete der Reichskanzler gemeinsam mit Staatssekretär v. Bülow dem Staatssekretär Stimfon und dessen Gattin einen Besuch ab, der bis 19 Uhr dauerte. Über diese erste Unterredung, der weitere folgen werden, wird von deutscher Seite keine amtliche Mitteilung veröffentlicht.

Das Programm des Reichskanzlers

Für die nächste Woche ist außerordentlich umfangreich. Eine große Anzahl von Einladungen liegen bereits vor. Ferner wird der Reichskanzler mehrfach die leitenden Staatsmänner bei sich haben. Am nächsten Sonnabend veranstaltet der Internationale Gewerkschaftsverband das traditionelle gewordene Pressefrühstück. Die Verhandlungen der Abrüstungskonferenz beginnen nach einer mehrtägigen Unterbrechung am Montagvormittag.

In Verantwortung des scharfen Vorstoßes von Tardieu und der durch die Granbirede und die amerikanischen

Vorschläge gekennzeichneten Richtlinien wird nunmehr auch von deutscher Seite Stellung genommen werden. Die Rede, die Reichskanzler Radolow im Hauptauslaß als zusammenfassende Darstellung der deutschen Abrüstungspolitik halten wird, ist bereits ausgearbeitet.

Der Zeitpunkt für die Rede steht jedoch noch nicht fest. Der Reichskanzler hat vorläufig nicht die Absicht, im Hauptauslaß selbst das Wort zu ergreifen; ebenso ist es noch ungeklärt, ob der Reichskanzler überhaupt an den Sitzungen des Hauptauslaßes teilnehmen wird, solange nicht die Anwesenheit von Tardieu und Simon und der sachliche Verlauf der Verhandlungen ein unmittelbares Eingreifen des Reichskanzlers doch im Interesse der deutschen Abrüstungspolitik unerlässlich macht.

Die nächste Woche fängt sich als eine politische Woche ersten Ranges an. Sämtliche großen internationalen Fragen, die Erbut, und die Donaufrage, die Entscheidung über die Abrüstungsfrage, die internationale Wirtschaftskrise und die deutsch-französischen Beziehungen werden in vertraulichen Besprechungen der Staatsmänner behandelt werden.

Dreiviertel Milliarde Defizit bei den Gemeinden

Berlin, 17. April. In den Vorstandssitzungen des Deutschen und des Preussischen Städtetages, die am 15. und 16. April im Städtetags zu Berlin stattfanden, kam von allen Seiten zum Ausdruck, daß die Lage der Städte sich in den letzten Wochen unhaltbar verschlechtert hat. Aus dem Referat des Präsidenten Dr. Müller und aus der teilweise sehr erregten Aussprache ging die neuerliche katastrophale Aufspaltung der Situation eindeutig hervor. Trotzdem ist den Gemeinden weder vom Reich noch von den Ländern auch nur annähernd ausreichend geholfen. Noch immer steht die Reform der Arbeitslosenhilfe aus.

Es besteht die ernste Gefahr, daß in kurzem auch die Zahlung der Zinsen, Gehälter, Löhne und Unterhaltungen in größerem Umfang in Frage gestellt wird.

Die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände müssen für 1932 mit einem Defizit von mindestens 750 Millionen Reichsmark rechnen, nachdem das Rechnungsjahr 1931 mit einem Fehlbetrag von wenigstens 850 Millionen Reichsmark abschloß. In zahlreichen Industrie-Städten decken die gesamten Steuereinnahmen nur noch die Hälfte der Wohlfahrtskosten. Angesichts dieser Sachlage ist von einem Haushaltsausgleich in den meisten Städten nicht mehr die Rede, bevor nicht die dringlichsten Forderungen der Städte erfüllt sind. Diese Forderungen des Städtetages, die mit großem Ernst und besonderem Nachdruck erhoben wurden, sind: Die seit langem geforderte Reform der Arbeitslosenfürsorge muß endlich verwirklicht werden. Die Länder dürfen in der schweren Krise der Gemeindeverwaltungen den innerstaatlichen Finanz- und Postenausgleich nicht zugunsten der Gemeinden verändern.

Lehren und Folgerungen

Der sächsische Volksentscheid hat, wie unschwer voraussehen war, das Ziel, die Auflösung des Landtages, nicht erreicht. Es ist nur gelungen, die Eintragungen zum Volksbegehren, die 20,5 Proz. der Stimmberechtigten betragen, auf 38 Proz. im Landesdurchschnitt zu steigern. Nach den Gründen braucht man nicht zu suchen; sie liegen auf der Hand. Sonar der große Erfolg der Opposition im zweiten Präsidentschaftswahlzuge hätte zusammen mit den kommunistischen Stimmen noch nicht ausgereicht, um die Voraussetzungen zu erfüllen, die die Verfassung an das Gelingen eines Volksentscheides knüpft. Diese 1 098 000 Stimmen vom 10. April hätten noch um 135 000 vermehrt werden müssen, um die Aktion zum Erfolg zu bringen. Theoretisch schien diese Möglichkeit gewiss gegeben; die praktische Wirklichkeit türmte aber unüberwindliche Schwierigkeiten dagegen auf.

Darunter steht der große Unterschied an erster Stelle, der zwischen einer Persönlichkeits- oder Parlamentarismus und der Abstimmung über eine Gesetzesvorlage besteht, noch dazu, wenn diese einen so wenig ausstrahligen Inhalt wie die Forderung nach Auflösung des Landtages hat. Für diesen ist nun einmal allgemeines Interesse über die politisch aktiven Teile der Bevölkerung hinaus nicht aufzubringen. Ebenso ungünstig für die Anteilnahme an dieser landespolitischen Auseinandersetzung mußte es wirken, daß der Volksentscheid als dritter Wahlakt im Verlauf von fünf Wochen auf eine gewisse Wahlmüdigkeit unvermeidlich stieß. Auch die Vorbereitungszeit für die Propaganda war unter diesen Umständen mit einer Woche zu kurz, um durchdringen zu können. Alles das kommt zusammen, um einen neuen Beweis dafür zu liefern, daß der Volksentscheid nicht die geeignete Waffe ist, um komplizierte politische Probleme erfolgreich zu lösen. Von allen Versuchen, die bisher im Reich und in verschiedenen Ländern geübt wurden, ist noch keiner gelungen. Von Oldenburg, das gestern im Gegensatz zu Sachsen die Landtagsauflösung durchsetzen konnte, muß man absehen, weil dort die verfassungsmäßigen Voraussetzungen günstiger lagen, insbesondere, als die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, nicht der Stimmberechtigten entschied. Hierbei konnte die Stimmenthaltungsparole, die der Bequemlichkeit der Wähler entgegenkommt, sich nicht zugunsten der Volksentscheidsgegner auswirken, wie das in Sachsen gestern ebenso wie früher in Preußen und im Reich der Fall war. Gegenüber den bisher bedeutendsten Abstimmungen durch Volksentscheid ist das in Sachsen erreichte Ergebnis sogar sehr beachtlich. Wenn bei der Frage der Stärkenenttarnung, die mit ihrer auf Reichsgröße abgestellten Forderung große Massen der Linken herauslockte, nur 35 Proz. der Wahlberechtigten mobilisiert werden konnten, so nahmen sich daneben die gestrigen 38 Proz. für die nächste Forderung nach Landtagsauflösung recht stillschweigend an. Das muß man der Linken zu verdanken geben, wenn sie sich nun, nach überstandener Angst, bemühen wird, das Nichtgelingen des Volksentscheides als großen „Sieg“ auszuaplanen. Noch größer ist der Unterschied im Vergleich mit dem Volksentscheid gegen den Youngplan, der schwerwiegend genug gewesen wäre, um die nationalen Massen des deutschen Volkes aufzurufen, und doch bloß 18,7 Proz. der Wahlberechtigten erfasste. Bei solch gerechter Beurteilung, die alle Umstände unvoreingenommen abwägt, muß man zu der Feststellung kommen, daß der Wunsch nach Vereinfachung des sächsischen Landtages in Anbetracht der erschwerenden Befragungsmethode in beachtlichem Umfang im Volk angenommen hat.

Schließlich darf noch ein anderer Umstand nicht unberücksichtigt bleiben, der in den Einzelergebnissen des Landes deutlich zum Ausdruck kommt: das Versagen der Kommunisten von einer Aktion, die sie selbst in die Wege geleitet haben. Die Nationalsozialisten hatten schon in der vergangenen Woche auf Anweisungen der kommunistischen Parteizentrale aufmerksam gemacht, die auf bewußte Sabotage des Volksentscheides hinarbeiteten. Die Beobachtungen des gestrigen Wahlverlaufes scheinen dafür die Bestätigung zu liefern. Vielleicht ist es aber auch so, daß die Anhänger der kommunistischen Lehre ihre eigenen Interessen besser verstehen als die Parteileitung, indem sie der Parole auf Landtagsauflösung die Gefolgschaft verweigerten, von deren Gelingen sie sich für die Bestrebungen ihrer Partei jedenfalls keine Besserung versprechen konnten. Wie dem auch sei, Tatsache ist, daß die Verweigerung „kommunistischer Volksentscheid“ nicht der Wahrheit entspricht, daß die Unternehmung vielmehr fast ausschließlich von der nationalen Opposition getragen wurde. Das lehrt so ziemlich jede Stichprobe bei Vergleichen der gestrigen

!!!
!!!

Das
Inhalt
uchen
önnen
Metall
Wäre
nnnen
wun-
utzen.
kannl
utzen

ützen!

les
rken

ankel's (IM)